



## UNGLAUBLICH

### Rabiater Streit um Vorfahrt

**FRANKFURT.** Zwei Männer sollen in Frankfurt einen Motorradfahrer zu Fall gebracht und dann verprügelt haben. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, wurde der 64-Jährige dabei am Montagmittag verletzt. Er sei ambulant in einem Krankenhaus behandelt worden. Dem Angriff der beiden Männer soll eine Unstimmigkeit darüber vorausgegangen sein, wer Vorfahrt hatte. Der Motorradfahrer habe abgewinkt, daraufhin sei der Autofahrer mit seinem Wagen seitlich gegen das Motorrad gefahren. Der 64-Jährige sei gestürzt und dann mit Tritten und Schlägen traktiert worden. Die zwei Angreifer flüchteten, die Polizei nahm kurz darauf zwei Tatverdächtige im Alter von 19 und 47 Jahren fest.

### Weitere Razzia gegen Großfamilie

**OFFENBACH.** Mehr als 40 Einsatzkräfte des Polizeipräsidiums Südosthessen und der Steuerfahndung Offenbach sind am Mittwoch gegen Angehörige eines Familienverbandes aus dem Rhein-Main-Gebiet vorgegangen. Dabei wurden zwei Wohn- und Geschäftsräume in Offenbach und Mühlheim durchsucht und drei Personen festgenommen, wie die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt und die Polizei am Mittwoch gemeinsam mitteilten. Demnach werden einem 22-Jährigen gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Straßenverkehrsgefährdung, gefährliche Körperverletzung sowie Sachbeschädigung zur Last gelegt.

### Pflegegeld-Betrug?

Eine 43 Jahre alte Frau sowie ein 46 Jahre alter Mann stehen im Verdacht, unter Mitwirkung weiterer beschuldigter Familienangehöriger bei einer Krankenkasse zu Unrecht Pflegegeldleistungen beantragt und in den Jahren 2022 bis 2023 in einer Größenordnung von mehreren Tausend Euro erhalten zu haben.

### Steuern hinterzogen?

Der 43-jährigen Beschuldigten wird zudem vorgeworfen, gemeinsam mit weiteren fünf Angehörigen des Familienverbands im Alter zwischen 22 und 70 Jahren beim Handel mit hochwertigen Kraftfahrzeugen die Umsatzsteuer aus deren Verkauf hinterzogen zu haben. Dem hessischen Fiskus soll dadurch ein Schaden in Höhe von über 360.000 Euro entstanden sein.

### Komplexe Ermittlungen

Der Einsatz ist Teil eines Komplexes von Ermittlungs- und Strafverfahren. Sie richten sich gegen über 50 Angehörige mehrerer miteinander verbundenen Großfamilien. *dpa*

# Boris Rhein fordert „Ende der grenzenlosen Offenheit“

Ministerpräsident will eine „Verschnaufpause“ bei der Aufnahme von Flüchtlingen

VON JENS ALBES,  
JAN BRINKHUS  
UND ANDREA LÖBBECKE

**WIESBADEN.** Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU) fordert eine „Verschnaufpause“ bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Mit Blick auf deutlich gestiegene Flüchtlingszahlen sagte er der Deutschen Presse-Agentur in Wiesbaden, einerseits habe die Bundesrepublik „eine historische Verantwortung, Menschen aufzunehmen, die in Not sind, die auf der Flucht sind, die vertrieben werden“. Dafür gebe es eine große Bereitschaft, zumal seit dem Ukraine-Krieg. Andererseits schwinde die Akzeptanz für Flüchtlinge, „je schwieriger die Lage wird“ – etwa wegen des Mangels an Wohnungen, Kita- und Schulplätzen.

Rhein betonte rund zweieinhalb Wochen vor der hessischen Landtagswahl am 8. Oktober: „Wir können diesen Zustrom nicht mehr schultern.“ Die Bundesrepublik müsse ihre „grenzenlose Offenheit beenden und alles tun, was den Migrationsdruck senkt“. Die jüngste Ankunft Tausender Bootsmigranten auf der italienischen Insel Lampedusa verschärfe den Handlungsdruck weiter, sagte der Ministerpräsident.

### „Schleuserunwesen stoppen“

Daher fordere er die Bundesregierung auf, Kontrollen an den Grenzen zwischen Tschechien und Sachsen sowie zwischen Polen und Brandenburg einzurichten: „Wir müssen die illegale Migration jetzt in den Griff bekommen. Wir müssen das Schleuserunwesen stoppen“, sagte Rhein. Grenzschutz in Deutschland sei zwar Sache der Bundespolizei. Aber die Länder wären si-



Boris Rhein (CDU), Ministerpräsident von Hessen, im Gespräch mit der dpa in der Staatskanzlei.

FOTO: BORIS ROESSLER/DPA

cherlich dazu bereit, den Bund zu unterstützen, wenn er zum Grenzschutz allein nicht in der Lage sei – „so wie Bayern das an der österreichischen Grenze macht“ und Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) dies an seiner Außengrenze angeboten habe. In Bayern seien schon sehr viele illegale Grenzübertritte verhindert worden.

Hessens CDU-Landeschef Rhein fuhr mit Blick auf ausreisepflichtige Ausländer fort: „Zweitens muss jetzt endlich die Rückführungsoffensive losgehen.“ Drittens müssten hierfür auch Algerien, Marokko, Tunesien und Indien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden – genauso wie automatisch alle Staaten mit

einer Anerkennungsquote von unter fünf Prozent. Zugleich kritisierte Rhein die Berliner Ampel-Regierung wegen nach seiner Aussage immer neuer Lockungen: „Erstens setzt das sogenannte Fachkräfteeinwanderungsgesetz Anreize, nach Deutschland zu kommen, und zwar nicht als Fachkraft, sondern als jemand, der hier erst nachqualifiziert wird. Das vermischt wieder Asyلمigration mit Arbeitsmigration.“

### „Ein weiterer Magnet“

Zweitens werde das neue Staatsangehörigkeitsrecht mit Mehrstaatlichkeit und früherer Einbürgerung „ein weiterer Magnet sein, nach

Deutschland zu kommen“, sagte der Ministerpräsident.

Zur Forderung von Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) nach einer Obergrenze von rund 200.000 Asylbewerbern pro Jahr in Deutschland sagte sein hessischer CDU-Amtskollege Rhein: „Das ist eine wichtige Diskussion, die aber nicht unmittelbar die Situation entspannt. Denn wenn Menschen kommen, die ein Recht auf Asyl haben, kann man die ja nicht einfach sofort wegschicken.“ Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht sei unbeschränkt. Die Debatte über eine Obergrenze soll laut Rhein „aber klar verdeutlichen, dass eine Grenze des Machbaren erreicht ist“.

„Wir können diesen Zustrom nicht mehr schultern.“

Boris Rhein, Ministerpräsident

## TOMICÉKS SPITZE FEDER



THEATER-WOCHEN

## Gutachter: Angeklagter ist voll schuldig

Prozess um Tötung von Ayleen in Gießen fortgesetzt

**GIEßEN.** Der mutmaßliche Mörder der 14-jährigen Ayleen aus Baden-Württemberg ist nach Einschätzung eines Gutachters voll schuldig. Zugleich bestehe ein hohes Risiko, dass der Mann weitere sexuell motivierte Tötungsdelikte begehen könnte, sagte der psychiatrische Sachverständige am Mittwoch vor dem Landgericht Gießen. Dem 30-jährigen Angeklagten werden unter anderem Mord, versuchte Vergewaltigung zur Last gelegt.

Ayleen und ihr mutmaßlicher Mörder sollen sich über Chats in sozialen Netzwerken und einem Online-Spiel gekannt haben. Am 21. Juli vergangenen Jahres soll der verurteilte Sexualstraftäter Ayleen in ihrem Heimatort Gottenheim bei Freiburg abge-

holt und sie in ein Waldgebiet nahe Langgöns in Hessen gebracht haben. Dort soll der Deutsche versucht haben, die Schülerin zu vergewaltigen, und sie schließlich erwürgt haben. Ihre Leiche soll er mit dem Auto zum Teufelsee nahe Echzell im Wetteraukreis gebracht und versenkt haben.

Nach Einschätzung des Gutachters besteht bei dem 30-Jährigen weder eines der großen psychiatrischen Störungsbilder wie etwa eine Schizophrenie, noch liegen andere seelische oder geistige Mängel vor, die einer Einsichts- oder Steuerungsfähigkeit entgegenstünden. Er gehe von einer dissozialen Persönlichkeitsstörung mit psychopathischen Zügen aus, sagte der Gutachter. So zeige der Angeklagte weder Reue noch Mitleid. *dpa*